nr. 7 – november 2016

ecke turmstraße

Seite 3: Drogenhandel im Kleinen Tiergarten Seite 4: Milieuschutzgebiete mit Mieterberatung
Seite 6/7: Bezirksbürgermeister im Interview Seite 10 : Wohin soll die Straßenbahn?

Zeitung für das »Aktive Zentrum« und Sanierungsgebiet Turmstraße. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Bilderrätsel: Gewinner gesucht!

Welche Ecke?

Wo wurde dieses Foto aufgenommen? Wer weiß, wo sich dieser Ort genau befindet, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: Ecke Turmstraße c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, oder per Mail an ecketurm@gmx.net. Einsendeschluss ist Montag, der 5. Dezember. Unter den richtigen Einsendungen verlosen wir einen Büchergutschein der Dorotheenstädtischen Buchhandlung im Wert von 20 Euro. Unsere letzte Rätselecke zeigte die Fassade des EVM-Büros an der Stromstraße / Essener Straße. Gewonnen hat Norbert Lauterbach. Herzlichen Glückwunsch! Der Preis wird Ihnen per Post zugesandt.

Turmstraße 75: Ein Fest der offenen Tür am 19. November

Am 19. 11. geht es in die nächste öffentliche Veranstaltung bei der weiteren Entwicklung des Brüder-Grimm-Hauses als Moabiter Kultur- und Bildungszentrum. Wie berichtet, waren Anfang September zum Stadtteilfest und danach im Stadtteilladen erste Entwürfe der beteiligten Planungsbüros »Stattbau« und »die baupiloten« zur Umgestaltung des Hauses ausgestellt, zudem diskutierten auf einer öffentlichen Beiratssitzung Nutzer, Verfahrensbeteiligte und andere Interessierte über die vorgestellten Vorschläge.
Am Samstag, dem 19. November, findet im Brüder-Grimm-Haus (Turmstraße 75) ein »Tag der offenen Tür« statt. Dabei haben die Besucher Gelegenheit, mit den Nutzerinnen und Nutzern des Hauses sowie den beiden Planungsbüros, Vertretern des Bezirks und anderen Beteiligten ins Gespräch zu kommen und die Entwürfe anhand der konkreten Gegebenheiten des Ortes zu diskutieren. Die Türen stehen ab 13 Uhr offen, von 17 bis 18 Uhr gibt es außerdem »Kino für Moabit«. Die Neugestaltung der Turmstraße 75 als Bildungs- und Kulturzentrum gehört zu einem der zentralen Ziele im Fördergebiet »Aktives Zentrum Turmstraße« und ist ein komplexes Vorhaben, an dem bereits seit zwei Jahren gearbeitet wird. Die bisherigen Nutzer (u.a. Volkshochschule, Galerie Nord, Musikschule) sollen bleiben, gleichzeitig sollen Ressourcen besser ausgeschöpft und auch für neue Nutzer von außen erschlossen werden. Das Haus soll sich stärker zum Kiez hin öffnen, klarer strukturiert werden und u.a. mit einem neuen Foyerbereich zum Aufenthalt und zur Nutzung einladen. *us*

Tag der offenen Tür: Brüder-Grimm-Haus, Turmstraße 75, Sa, 19. 11., 13–17 Uhr
17–18 Uhr: »Kino für Moabit«

Termine

Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a:

Sprechstunde des KoSP (Prozesssteuerer im Aktiven Zentrum Turmstraße):
Di, 9.30–12 Uhr, Do 15.30–18 Uhr
Sprechstunde des Geschäftsstraßenmanagements (die raumplaner):
Di 16–19 Uhr, Fr 8–10 Uhr
Öffentliche Mieterberatung (für Mieter in Milieuschutzgebieten): Mo 16–18 Uhr, Do 10–12 Uhr
Sprechstunde der Stadtteilvertretung:
Mo 17–18 Uhr

Plenum der Stadtteilvertretung

Das nächste öffentliche Plenum der STV Turmstraße finden am Montag, dem 28. November von 19 bis 22 Uhr statt. Ort: Stadtteilladen, Krefelder Str. 1a.
Mehr Informationen zur Stadtteilvertretung und ihren Arbeitsgruppen findet man im Internet unter www.stv-turmstrasse.de

Runder Tisch Gentrifizierung

Jeden 2. Dienstag im Monat, 19–21 Uhr, Treffpunkt: Kontaktstelle PflegeEngagement, Lübecker Straße 19. Nächster Termin: 8. November. Alle interessierten Mieter sind herzlich eingeladen!
Mehr unter www.wem-gehoert-moabit.de. Dort finden sich auch die Protokolle der bisherigen Runden Tische.

Ecke Turmstraße

Die nächste »Ecke Turmstraße« erscheint Mitte Dezember. Redaktionsschluss ist Freitag, der 2. Dezember.
Sämtliche Ausgaben der »Ecke Turmstraße« sind als PDF archiviert und abrufbar unter: www.turmstrasse.de/oeffentlichkeitsarbeit/stadtteilzeitung.html

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt
Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse:
»Ecke Turmstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin
Tel (030) 283 31 27, ecketurm@gmx.net
Fotos: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung:
capa, Anke Fesel, www.capadesign.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de
V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Mehr Licht!

Im »Transitbereich« des Kleinen Tiergartens verunsichert die organisierte Drogenkriminalität viele Anwohner

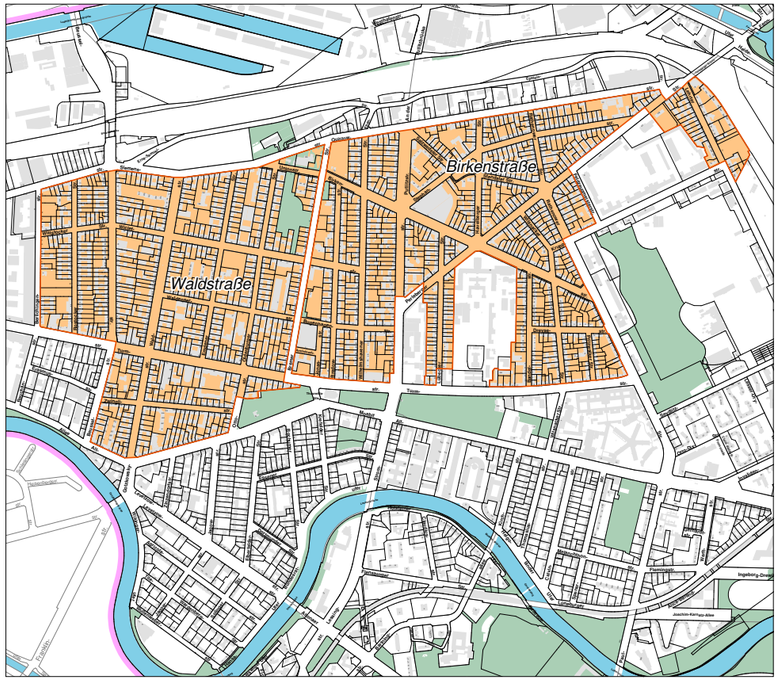
Im schmalsten Abschnitt des Kleinen Tiergartens, zwischen den U-Bahneingängen und Bushaltestellen, ist schon wegen des Verkehrsknotenpunktes immer Betrieb – aber nicht jeder Passant fühlt sich dort derzeit sicher. Das liegt vor allem am Drogenhandel und der damit verbundenen Kriminalität: Beides hatte seit Ende 2015 spürbar zugenommen, wie auch an anderen zentralen, hochfrequentierten Berliner Orten: im Görlitzer Park, auf dem RAW-Gelände, am Kotti und am Leo, an der Heinrich-Heine-Straße, meist entlang zentraler U-Bahnlinien.

Der mittlere und schmalste Teil des Kleinen Tiergartens wurde 2013 im Zuge der Park-Erneuerung neu gestaltet, unter Berücksichtigung seiner Funktion als Transitbereich, während der westlich gelegene Ottopark und der Östliche Kleine Tiergarten als großzügige Aufenthalts- und Erholungsbereiche angelegt sind und genutzt werden.
Bei der Parkumgestaltung bestand Konsens darüber, dass die alteingesessenen »Szenegruppen« – Menschen mit vielschichtigen sozialen Problemen, die sich schon lange im Park trafen – nicht verdrängt werden sollten. Zusammen mit ihnen wurde der gelbe Container an der Stromstraße als neuer Treffpunkt entwickelt. Seit einigen Jahren ist »Fixpunkt e.V.« mit der mobilen Straßensozialarbeit beauftragt und kümmert sich um die Gruppen und ihren Treffpunkt. Der funktioniert gut und ohne größere Konflikte mit anderen Parknutzern. Die Gruppen übernehmen auch selbst Verantwortung für den Container und dessen Umfeld, auf ihren Wunsch hin wurde extra eine Werkzeug-Kiste mit Reinigungs- und Pflegeutensilien zur Verfügung gestellt.
Zusätzlich kümmerten sich die Streetworker von Fixpunkt e.V. zwischen Februar und Juli 2016 auch um Geflüchtete, die sich wegen des benachbarten LaGeSo im Park aufhielten. Schwerpunkt war dabei die direkte Ansprache, um die wichtigsten Problemlagen herauszufinden und erste Hilfsangebote zu vermitteln.

»Der Nutzungsdruck im öffentlichen Raum wächst insgesamt, weil immer mehr Menschen darauf angewiesen sind«, sagt ein Fixpunkt-Mitarbeiter. Deshalb sei auch die Mischung im Transitbereich des Kleinen Tiergartens inzwischen sehr heterogen: alteingesessene Gruppen mit vielfältigen sozialen Problemlagen neben osteuropäischen Zuwanderern aus unterschiedlichen Staaten neben Kriegsflüchtlingen. Hinzu kommen aber nun auch die Dealer, die oft junge Migranten als »Ticker«, als kleine Drogenverkäufer direkt vor Ort anheuern.
Geschulte und erfahrene Sozialarbeiter erkennen, mit wem sie es zu tun haben, und können differenzieren. Doch viele Anwohner fühlen sich einfach nur verunsichert: durch das Gesamtbild, das für sie schwer durchschaubar ist, vor allem aber durch die Gruppen junger Männer, die offen Drogen anbieten und auch aggressiv werden können. Diese haben aber weder mit syrischen oder irakischen Kriegsflüchtlingen noch mit den alteingesessenen Szenegruppen zu tun – das betonen sowohl die Beamten vom zuständigen Polizeiabschnitt 33 als auch die Fixpunkt-Sozialarbeiter.

Angesichts der Problemlage berät seit dem Frühjahr eine Arbeitsgruppe mit Bezirksamtsvertretern, Polizei, Sozialarbeitern, dem Geschäftsstraßenmanagement und anderen über geeignete und notwendige Maßnahmen, im Frühsommer gab es auch eine öffentliche Bürgerveranstaltung dazu (wir berichteten). Seitdem die Polizei mit verstärktem Einsatz gegen die Drogenszene im Park vorgeht, habe sich die Kriminalität schon verringert, heißt es vom zuständigen Polizeiabschnitt 33. Weiterhin werden verstärkte Kontrollen und Polizeieinsätze im Park durchgeführt, auch mit Ermittlern in Zivil. Klar ist: Streetworker können gegen professionelle organisierte Kriminalität ebenso wenig ausrichten wie zivilbürgerliche Aktivitäten.
Dennoch tragen auch kleinere, pragmatische Maßnahmen zu mehr Sicherheit im öffentlichen Raum bei. So wurde auf Wunsch von Anwohnern und Gewerbetreibenden die Beleuchtung der Durchwegung im Transitbereich verbessert: Die Lampen strahlen jetzt nachts doppelt so hell und intensiv wie zuvor. *us*

Leitlinien für gute Bürgerbeteiligung
Bürgerwerkstatt am 25. November im Rathaus Mitte
Am 25. November findet zwischen 16 und 20 Uhr eine öffentliche Bürgerwerkstatt im BVV-Saal des Rathauses Mitte (Karl-Marx-Allee 31) statt. Dort stellen die Mitglieder der »AG Leitlinien für gute Bürgerbeteiligung im Bezirk Mitte von Berlin« einen ersten Entwurf vor, der öffentlich diskutiert und überarbeitet werden soll.
Die AG hat seit September bereits zweimal getagt und besteht aus Vertretern der Bürgerschaft, der Verwaltung und der Politik. Teilgenommen haben bislang zum Beispiel der ehemalige Bezirksbürgermeister Dr. Christian Hanke (SPD), der damalige Bezirksstadtrat für Soziales und Bürgerdienste (und neue Bürgermeister) Stephan von Dassel (Grüne), Bezirksstadtrat Carsten Spallek (CDU) sowie Vertreter des Stadtplanungsamtes, des Straßen- und Grünflächenamtes, des Jugendamtes, des Amtes für Weiterbildung und Kultur, des Gesundheitsamtes und des Kinder- und Jugendbüros. Auch die in der BVV vertretenen Parteien haben Verordnete entsandt, deshalb werden jetzt auch Vertreter der AfD und der FDP hinzu kommen.
Die Leitlinien sollen unter Einbeziehung der Öffentlichkeit bis zum Frühjahr 2017 entwickelt werden. Ziel ist es, die Beteiligungskultur im Bezirk zu stärken und das Vertrauen zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft zu festigen. Auch online sollen Bürgerinnen und Bürger ihre Ideen in den Prozess einbringen: Noch bis 7.12. findet auf »mein.berlin.de« ein Online-Dialog statt, bei dem Interessierte den Entwurf diskutieren und ergänzen können. *cs*



Mieterberatung für die Milieuschutzgebiete

Seit Mai gibt es in Moabit die Milieuschutzgebiete »Waldstraße« und »Birkenstraße«. Seit Oktober werden im Stadtteilladen Krefelder Straße 1a Mieter aus diesen Gebieten beraten. Mit der Beratung wurde nach einer Ausschreibung das Büro »Mieterberatung Prenzlauer Berg GmbH« beauftragt, das über langjährige Erfahrungen verfügt.

Für die neuen Milieuschutzgebiete hat der Bezirk Mitte »soziale Erhaltungsverordnungen« festgesetzt. Seit Mai brauchen Hauseigentümer dort besondere Genehmigungen, um Wohnungen umzubauen, zu modernisieren oder in Eigentumswohnungen umzuwandeln. Rechtsgrundlage ist der Paragraf 172 des Baugesetzbuches, der aber auch noch andere Typen wie das »städtebauliche Erhaltungsgebiet« kennt, in dem die bauliche Gestalt der Gebäude unter besonderem Schutz steht. Um Verwechslungen vorzubeugen, spricht man bei sozialen Erhaltungsgebieten auch von »Milieuschutz«.
Der Bezirk kann in Milieuschutzgebieten Genehmigungen verweigern, wenn beabsichtigte bauliche Maßnahmen die »Zusammensetzung der Wohnbevölkerung« gefährden, also beispielsweise, wenn Luxusmodernisierungen kräftige Mietsteigerungen zur Folge hätten, Wohnung zu Gewerberaum umgewandelt oder zusammengelegt werden sollen. Eine Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen kann der Bezirk genehmigen, wenn Eigentümer sich u.a. dazu verpflichten, die Wohnungen sieben Jahre lang ausschließlich den Mietern zum Kauf anzubieten. Mieter, denen eine Modernisierung angekündigt wurde oder in deren Haus unangekündigte Baumaßnahmen stattfinden, sollten sich umgehend an die Mieterberatung wenden!

Die zuständige »Mieterberatung Prenzlauer Berg« ist in Milieuschutzgebieten des Nachbarbezirks schon seit 1997 aktiv. »Die meisten kommen wegen Modernisierungen zu uns – je früher, desto besser«, erzählt Anne Klitzing, die zusammen mit Andrea Wallroth die Beratungsstellen in Mitte aufbaut. »Auch wenn man nur den Verdacht hat, weil in der Nachbarschaft Gerüchte aufkommen oder sich gewisse Anzeichen verdichten, ist es sinnvoll, vorbei zu kommen und nachzufragen. Wir kontaktieren dann den Bezirk, der auf die Eigentümer zugeht.« Erst über solche Nachfragen der Mieter gelangt der Bezirk oftmals an die Information, dass auf einem Grundstück eine genehmigungspflichtige Modernisierung geplant ist. Und je früher er nachhaken kann, desto bessere Chancen hat der Bezirk, auf die Eigentümer einzuwirken. Die Position der Mieter wiederum stärkt sich, wenn diese gemeinschaftlich vorgehen. Bei besonderem Handlungsbedarf werden sogar Mieterversammlungen für ganze Häuser durchgeführt. »Aber auch, wenn nicht das gesamte Haus, sondern nur einzelne leerstehende Wohnungen modernisiert werden sollen, brauchen die Hauseigentümer Genehmigungen«, so Andrea Wallroth: »Auch dann ist es hilfreich, wenn wir frühzeitig davon erfahren.«

Von Umwandlungen in Eigentumswohnungen erfährt der Bezirk dagegen auch von den Grundbuchämtern, bei denen diese Veränderungen eingetragen werden müssen. Davon erfahren die Mieter meist erst durch das Anschreiben der Mieterberatung. »Dann kommen aber manchmal ganze Hausgemeinschaften in die Beratungsstelle«, erzählt Andrea Wallroth. Das kommt aber bislang eher selten vor, denn einerseits gilt die Berliner »Umwandlungsverordnung« erst seit März 2015 in den Milieuschutzgebieten der Stadt, so dass die Erfahrung noch nicht so reichhaltig ist. Andererseits schützt eine Festlegung zum Milieuschutzgebiet auch davor, dass sich Unternehmen, die auf den Erwerb und die schnelle Umwandlung von Mietshäusern spezialisiert sind, überhaupt in diesen Gebieten engagieren. »Eine Genehmigungspflicht besteht aber natürlich nur, wenn die Umwandlung nicht schon vor der Festsetzung des Gebietes, hier also vor dem Mai 2016, stattgefunden hat.« *cs*

Mieterberatung für die Gebiete Waldstraße und Birkenstraße: Mo 16–18 Uhr, Do 10–12 Uhr, Stadtteilladen Krefelder Straße 1a, Telefon 44 33 81 29

Die beiden Milieuschutzgebiete »Waldstraße« und »Birkenstraße« wurden im vergangenen Jahr gründlich untersucht und im Mai 2016 offiziell festgesetzt.

Kommentar

Ressort-Salat

Mit dem neuen Bezirksamt rotieren auch die Zuständigkeiten wieder

159 Wählerstimmen können entscheidend sein: In der neuen Bezirksverordnetenversammlung von Mitte verfügen die Bündnisgrünen und die SPD zwar jeweils über 14 Sitze und haben damit zusammen eine hauchdünne Mehrheit. Weil aber die Grünen bei der Bezirkswahl 159 Stimmen mehr bekamen als die SPD, stellen sie jetzt den Bezirksbürgermeister und einen weiteren Stadtrat. Die SPD erhielt dagegen nur noch einen Stadtratsposten, ebenso CDU und die Linke. Ende Oktober wählte die neue BVV den Bezirksbürgermeister und drei Stadträte mit klarer Mehrheit – die Linke muss noch schnell im November einen neuen Kandidaten für die Ressorts Jugend und Bürgerbeteiligung suchen.
Und so sind sie verteilt: Stephan von Dassel (Bündnis 90/Grüne) ist neuer Bezirksbürgermeister und verantwortlich für Personal, Finanzen, Wirtschaftsförderung und das Ordnungsamt. Ephraim Gothe (SPD) war bereits von 2006 bis 2011 Stadtentwicklungsstadtrat in Mitte, jetzt übernimmt er die Ressorts Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit. Carsten Spallek (CDU), der in den letzten fünf Jahren als Stadtrat für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Ordnung zuständig war, bekommt jetzt die Ressorts Schule, Sport und Facility Management (damit auch das Hochbauamt). Sabine Weißler, die zweite bündnisgrüne Stadträtin, bleibt ebenfalls im Amt. Künftig ist sie nicht nur für das Amt für Weiterbildung und Kultur sowie das Umweltamt zuständig, sondern auch für das Straßen- und Grünflächenamt.

Die Frage ist, warum nach jeder Wahl aufs Neue das Ressort-Karussell im Bezirk rotieren muss – und nicht nur in diesem. Die neuen Ämterverteilungen werden in den Bezirken durch Zählgemeinschaften (sowas wie Koalitionsgespräche auf Bezirksebene) ausgehandelt. Das mag zwar die bezirkspolitischen Verhandlungen beflügeln – die Ergebnisse machen es den Bürgern aber nicht leichter, die ohnehin komplizierte Verwaltungsstruktur dieser Stadt (zweistufig mit Senat und Bezirken) zu begreifen und die Verantwortlichen zu identifizieren. Wer ist jetzt nochmal wofür zuständig?
Die Verwaltung, die doch eigentlich für Bürger da sein soll, wird alle fünf Jahre auf diese Weise durcheinandergewirbelt – mit dem Erfolg, dass sie dann erstmal gefühlt ein Jahr damit beschäftigt wird, sich neu zu sortieren.

Angesichts dieses Ressort-Pokers schlackern manchem Bürger die Ohren. Es hätte doch eine gewisse Logik, beispielsweise das Stadtentwicklungsamt mit dem Straßen- und Grünflächenamt (SGA) gekoppelt zu lassen – in fast allen anderen Bezirken sind sie in einer Abteilung zusammengefasst. Das SGA beschäftigt sich schließlich mit dem öffentlichen Raum, der im Stadtentwicklungsamt mit geplant und entwickelt wird. Städtebauförderprogramme, die die meisten Maßnahmen für den öffentlichen Raum finanzieren, werden vom Stadtentwicklungsamt und von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung betreut. Im Bezirk Mitte liegen zwei von neun Aktiven Zentren Berlins, vier von neun Fördergebieten im Programm Städtebaulicher Denkmalschutz, neun von 34 (ab nächstem Jahr sieben von 31) Quartiersmanagementgebieten, drei von 18 Fördergebieten der Programme Stadtumbau Ost bzw. Stadtumbau West, drei von neun Sanierungsgebieten. Mitte profitiert also weit mehr von diesen Förderprogrammen als jeder andere Bezirk. Da wären kurze Dienstwege und unkomplizierte Kommunikation zwischen den Mitarbeitern im Stadtentwicklungsamt und dem SGA sinnvoll.
Zum Beispiel wäre es eine wichtige Aufgabe, im Bezirk ein leistungsfähiges Fahrradstraßennetz aufzubauen. Die Planung dazu müsste das Straßen- und Grünflächenamt leisten, finanziert wird es dann meist über Städtebauförderprogramme, (Zuständigkeit: Stadtentwicklungsamt), für die Umsetzung neuer Verkehrsregeln auf Nebenstraßen wäre das Ordnungsamt verantwortlich: Zwei Stadträte und der Bezirksbürgermeister müssten sich also mit der dann zuständigen Senatsverwaltung auseinandersetzen. Und eine Bürgerbeteiligung sollte auch noch organisiert werden … *cs/us*

Bildecke

Ch. Eckelt

Ch. Eckelt (2)

»Erfolge erreicht man nur gemeinsam«

Ein Gespräch mit dem neuen Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel

Stephan von Dassel (Bü90/Die Grünen) war bislang stellvertretender Bürgermeister und Stadtrat für Bürgerdienste und Soziales im Bezirk Mitte. Berlinweit wurde er mit seinem Kampf gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum als Ferienwohnungen bekannt, auch mit der Aufdeckung von organisiertem Betrug durch Pflegedienste.
Jetzt wird er der zweite »grüne« Bezirksbürgermeister Berlins und ist für die Ressorts Wirtschaft, Finanzen, Personal zuständig, außerdem bleibt er Vorsitzender der Trägerversammlung des Jobcenters Mitte: »Das Jobcenter ist Chefsache.«

Bevor wir zu Ihrer künftigen Arbeit kommen, wollen wir einen Blick zurück werfen. Als Stadtrat für Bürgerdienste und Soziales waren Sie sehr engagiert, um das Zweckentfremdungsverbot hinsichtlich illegaler Ferienwohnungen durchzusetzen, und wollten im Bezirk Mitte eine »Task Force« ansiedeln, die diese Aufgabe für alle Bezirke übernehmen sollte. Das wäre zugleich eine neue Positionierung der Bezirke gegenüber dem Senat gewesen. Doch nun muss sich weiter jeder Bezirk selbst kümmern. Woran ist das Vorhaben gescheitert?
Eine solche Zentralisierung wäre in der Tat Gold wert gewesen und hätte viele Vorteile geboten, u.a. einem effektiven Personaleinsatz. Hellersdorf hat nun mal weniger Probleme mit Ferienwohnungen als beispielsweise Mitte. Hinzu kommt, dass nun jeder Bezirk anders mit dem Thema umgeht, so dass Anbieter unter Umständen bei drei Ferienwohnungen drei unterschiedliche Aussagen erhalten. Das schwächt die kommunale Position.
Alle anderen Bezirke und auch der Senat hätten das Projekt mitgetragen. Gescheitert ist es letztlich am damaligen Bezirksbürgermeister von Mitte, dem das finanzielle Risiko zu groß war, etwa bei Gerichtsprozessen. Dabei hätte uns der Senat unterstützt. Stattdessen kämpft jetzt jeder Bezirk für sich und führt auch die Prozesse allein und oft schlecht vorbereitet. Das führt dann zu merkwürdigen Urteilen, weil wichtige Argumente nicht vorgebracht wurden.

Halten Sie die Bündelung bezirklicher Aufgaben bei einzelnen Bezirken dennoch für ein Zukunftsmodell?
Teilweise gibt es das ja schon. Wo es sinnvoll ist, sollte man das weiter ausbauen. Aber bei der Zweckentfremdung ist der Zug jetzt wohl abgefahren.
Auch das Verhältnis zwischen dem Senat und den Bezirken muss klarer werden. Ein Beispiel ist die Prüfung von Bebauungsplänen, die immer noch als Doppelarbeit geleistet wird. Dabei gab es in Mitte in sieben Jahren nur einen einzigen B-Plan, bei dem es inhaltliche Einwände gab, alles andere waren Formalien. Oder die Bürgerämter: Sie haben gut funktioniert – bis die Sparvorgaben des Senats beim Personal anfingen. Früher wartete man vielleicht zwei Wochen auf einen Termin, nach den Kürzungen mindestens sechs Wochen. 120 Stellen wurden weggespart. Nun bekommen wir wieder 110 zurück, mit dem Ergebnis, dass alle Neubesetzungen auf einmal eingearbeitet werden müssen. Das ist hirnlos. Zumal die Bürger, die diese Dienstleistungen in Anspruch nehmen, ja auch noch das Geld mitbringen und dafür bezahlen – es war ja kein Wasserkopf, den man da abgebaut hat.
Die Bezirke wehren sich ja nicht gegen einheitliches Agieren, wo es sinnvoll ist – beispielweise sind die Öffnungszeiten der Bürgerämter weitgehend einheitlich.

Der Zustand der Verwaltung ist derzeit ein großes Thema in Berlin, auch angesichts des anhaltenden Wachstums der Stadt. Würde denn – beispielsweise bei den Bürgerämtern – eine Zentralisierung mit einem Landesamt für Bürgerdienste beim Senat besser funktionieren?
Mir fehlt das Vertrauen, dass der Senat es zentral besser könnte. Beispiel Digitalisierung: Es kann ja nicht so schwer sein, das Ausstellen einer Anwohnerparkvignette unkompliziert auch online zu regeln, andere Städte haben das längst. Aber hier gab es inzwischen drei Projektgruppen, die seit sieben Jahren forschen, wie man das machen kann.
Die Berliner Verwaltung hat ja eine spezielle Geschichte. Erst war die Stadt ein Inselstaat mit einem öffentlichen Dienst, in den jeder hineingeworben wurde, der nicht rechtzeitig auf dem Baum war. Nach dem Mauerfall und der Finanzkrise kam ein radikaler Abbau samt Einstellungsstopp, es fehlte an frischem Nachwuchs. Nun wird er wieder händeringend gesucht. Dabei wäre ein Personalabbau ganz automatisch gekommen – einfach, weil viel mehr Leute in Pension oder andere Jobs gingen, als nachkamen. Das Sozialamt hat heute zehn Stellen weniger, als wir einsparen mussten! Aber für ganz logische Dinge – beispielsweise eine kurzzeitige Doppelbesetzung für den Wissenstransfer, um Nachfolger einzuarbeiten – braucht es in Berlin »Sonderprogramme«. Dabei gibt es finanziell genug Spielraum und mehr Stellen als Personal. – Wir brauchen einfach mehr Flexibilität. Das Denken muss sich ändern, und das System. Auch bei Ausschreibungen: Hier geht es um Schnelligkeit und um Wertschätzung. Die Mitarbeiter sind schließlich unsere wichtigste Ressource!

Als Bürgermeister sind Sie künftig auch für Personalfragen zuständig. Was wollen Sie anders machen?
Es wird keine Klüngelwirtschaft mehr geben. Ich will keine Parteifreunde oder Jasager um mich scharen – entscheidend ist nicht das Parteibuch, sondern Qualifikation und Motivation. Jede Stelle wird frühzeitig ausgeschrieben und über die Besetzung so zügig wie nur möglich entschieden. Jeder, der sich bewirbt, hat es auch verdient, dass man ihm schnellstmöglich antwortet.
Problematisch sind starre Vorschriften des Landes Berlin. Es ist doch irrwitzig, dass eine Bewerberin für das Sozialamt, die Sozialarbeit sogar an einer Hochschule studiert hat und über 30 Jahre Berufserfahrung verfügt, zunächst ein sechsmonatiges Praktikum absolvieren müsste und dann 500 Euro weniger als eine Berufsanfängerin verdient – nur weil sie ihren Abschluss nicht an der richtigen Fachhochschule gemacht hat.
Für die Verwaltungslaufbahn in Berlin wird ein Abschluss an der Berliner oder an der Brandenburger Fachhochschule für Verwaltung vorausgesetzt. Ein Studium in einem anderen Bundesland wird als Qualifikation oft nicht anerkannt. Das ist doch provinzieller Irrsinn!
Mehrfach wurde das durch den Rat der Bürgermeister thematisiert. Auch dem Regierenden Bürgermeister Müller ist das bewusst. Aber da braucht es eben auch mal klare Basta-Politik, um solche Regelungen abzuschaffen.

Ist eine Neuordnung des ständig umstrittenen Verhältnisses zwischen Senat und Bezirken denkbar?
Das Kompetenzgerangel zwischen Senat und Bezirken bringt gar nichts. Hier muss sich ein neues Verhältnis entwickeln. In den nächsten anderthalb Jahren gehören alle Probleme auf den Tisch, daraus muss ein neues Konzept entstehen. Auch der Rat der Bürgermeister muss gestärkt werden.– Aber wir reden jetzt die ganze Zeit über Verwaltung. Es gibt ja noch andere wichtige Themen.

Welche sind Ihnen wichtig?
Integration und Wohnungsbau sind die Herausforderungen in den nächsten Jahren. Beides kann man nicht herbeizaubern. Wohnungsneubau bringt nur etwas, wenn nicht alle Mieten bei 15 Euro nettokalt anfangen. Wir brauchen insbesondere bezahlbare Wohnungen für Menschen mit wenig Einkommen, denen sonst die Verdrängung droht. Uns ist auch nicht geholfen mit ein paar Prozent Belegungsbindung wie im Neubauquartier Heidestraße, wenn die Mieten für WBS-Inhaber dann dort trotzdem unerschwinglich sind. Und wir müssen die soziale Infrastruktur mitentwickeln.

Was verstehen Sie unter Integration und was wollen Sie tun?
Parallelgesellschaften sind keine Erfindung von Migranten. Sie entstehen auch unter Langzeitarbeitslosen oder Jugendlichen ohne Abschluss.
Es reicht nicht, in den Integrationsbeirat zu gehen. Ich werde dahin gehen, wo es wehtut – und wo ich mit Menschen sprechen kann, die man sonst nicht mehr so einfach erreicht. In die Freitagsgebete in Moscheen. In Schulen, wo 30 Prozent der Jugendlichen ohne Abschluss abbrechen. Ich will mit ihnen darüber reden, dass sie die Wahl haben: Zwischen einem selbstbestimmten Leben oder einem Leben als Hilfeempfänger, in dem das Jobcenter darüber entscheidet, wo und wie sie wohnen, ob sie Laub harken … Ich werde ihnen so lange auf die Nerven gehen, bis sie mit mir darüber diskutieren.
Ich bin da schmerzfrei. Ich bin mit Flyern meiner Partei in Weddinger Eckkneipen gegangen und höre mir alles an – auch das Nölen, dass sich niemand um sie kümmert. Und genau deshalb will ich es ihnen nicht so leicht machen, wenn sie sagen: Man nimmt uns ja nicht zur Kenntnis. Niemand soll nach fünf Jahren über den Bezirksbürgermeister von Dassel sagen können: Der will doch nichts von uns wissen.

Gretchenfrage: Wie halten Sie es als bündnisgrüner Bürgermeister mit der Bürgerbeteiligung?
Man muss klar sagen, wo Bürgerbeteiligung anfängt und wo sie aufhört. Nicht bei allen Themen werden Bürger mitentscheiden können – sie dann trotzdem zu befragen, wäre Vorspiegelung falscher Tatsachen. Man kann nicht alles bis ins kleinste Detail ausdiskutieren und muss von Anfang an deutlich machen, was der Bezirk oder das Land Berlin entscheiden muss und wo man völlig offen in die Diskussion gehen kann.
Bürgerbeteiligung beginnt schon mit rechtzeitiger Information. Die meisten Bürger wollen vor allem informiert werden, Vorgänge und Entscheidungen müssen transparent sein. Das fängt bei den Bauarbeiten am Rathausvorplatz im Wedding an: Wir müssen erklären, warum sich das jetzt verzögert, und für jeden sichtbar machen, wie der Platz künftig aussehen soll.
Unser Anspruch und auch eine Herausforderung ist es, wirklich einen repräsentativen Teil der Bevölkerung zu erreichen.

Was ist Ihnen als neuer Bezirksbürgermeister außerdem wichtig?
Es gibt einen Satz, der bei mir verboten ist: »Wir sind nicht zuständig.«
Wir sind immer zuständig. Wir sind der öffentliche Dienst im Land Berlin. Öffentliche Behörden müssen faktisch jeden Antrag annehmen, und sei es, um ihn an die richtige Stelle weiterzuleiten.
Und im Bezirksamt wird es sehr wichtig sein, mit vier Parteien und unterschiedlichen Charakteren so etwas wie einen »team spirit« zu entwickeln und mit Vernunft zu handeln. Das Credo ist, dass man wirkliche Erfolge nur gemeinsam erreicht. Jeder bekommt seine Ressourcen und seine Öffentlichkeit, um seine Arbeit erfolgreich zu machen. Wir müssen eine Kultur vorleben, die sich auch auf die Verwaltung überträgt. Kleinkriege und Konkurrenzen bringen niemandem etwas, wir brauchen die Zusammenarbeit.

Interview: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Kommt der Grundschulnotstand?

In fünf Jahren sollen rund 3000 Grundschulplätze im Bezirk fehlen

Berlin braucht dringend mehr Schulen. Zum Schuljahr 2021/22 werden rund 15.000 Grundschulplätze fehlen, davon geht der Senat aus. Bis zum Schuljahr 2024/25 sollen die Kapazitäten weiter ausgebaut werden und sich der Notstand wieder entschärfen. Besonders betroffen ist der Bezirk Mitte.

Das jedenfalls berichtete die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft dem Berliner Abgeordnetenhaus in einem Schreiben vom 14. September – eine Woche nach der Wahl. Dabei wurde eine aktualisierte Schulentwicklungsplanung vorgestellt, die im Mai und Juni gemeinsam mit den Bezirken erarbeitet worden war und die von wesentlich mehr künftigen Schülern ausgeht als bisher angenommen. Im Bezirk Mitte reicht das Angebot an Grundschulplätzen derzeit zwar noch aus, der Bedarf würde nach den neuen Annahmen bis zum Schuljahr 2021/22 aber um mehr als 5000 bzw. rund ein Drittel ansteigen. Die aktuelle Planung im Bezirk sieht nur eine Kapazitätserweiterung von rund 2000 Schulplätzen in diesem Zeitraum vor; demnach würden also etwa 3000 Plätze fehlen.

Der Anspruch, Grundschüler wohnungsnah einzuschulen, wird dabei offenbar aufgegeben: »Auf die steigenden Flächennutzungskonflikte insbesondere im innerstädtischen Bereich wird von Seiten der Schulstandortplanung mit einer auf Erreichbarkeit ausgerichteten Schulnetzplanung reagiert«, so heißt es in dem Schreiben der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft. »Aufgrund der schnell wachsenden Nachfrage« besitze »die zeitnahe Verfügbarkeit und die verkehrliche Lagegunst neuer Schulstandorte Priorität gegenüber der regionalen Verteilung.« Mit anderen Worten: Schulneubau und Schulerweiterung sind das Gebot der Stunde, egal wie sich der regionale Bedarf in der Umgebung entwickelt. Zur Not muss man die Kinder eben mit Bussen zur Schule karren.
In Mitte soll bis 2021/22 neuer Schulraum für insgesamt 14,5 Züge mit jeweils 144 Schülern geschaffen werden, eine klassische Grundschule umfasst 2,5 bis 4 Züge. Notwendig wären in diesem Zeitraum jedoch 34,4 neue Züge. Bis 2024/25 sollen noch einmal 22 Züge hinzukommen, wobei sich allerdings noch nicht so recht erschließt, wo. Dann läge das Defizit nur noch bei 3,4 Zügen oder rund 500 Grundschulplätzen im Bezirk.
Aus den Nachbarbezirken sollte man sich keine Entlastung erwarten. Insbesondere in Friedrichshain und Prenzlauer Berg würden gleichfalls große Fehlbedarfe entstehen, zudem wird es auch in der Charlottenburger City kaum Kapazitäten für Schüler aus Mitte geben.

Allerdings besteht auch die Hoffnung, dass es ganz so schlimm doch nicht kommen wird. Denn die extrem steigende Anzahl der Grundschüler in der Senatsberechnung begründet sich auch mit dem starken Wohnungsneubau im Bezirk Mitte. Ob dieser tatsächlich viele Kinder im Grundschulalter aufnimmt, mag aber bezweifelt werden: »Mikrowohnungen« für Studenten eignen sich nämlich nicht für Familien, und in die hochpreisigen Eigentumswohnungen der Oberschicht verirren sich auch eher selten Schulkinder.

Eng würde es nach der neuen Schulentwicklungsplanung für Grundschüler u.a. in folgenden Schulregionen:
– Parkviertel: Hier fehlen bis 2021 rund 700 Grundschulplätze, bis 2024 rund 850. Geprüft werden sollen jetzt Erweiterungen der Gottfried-Röhl-, der Möwensee- und der Anna Lindh-Grundschule. In der benachbarten Schulregion »Osloer Straße« kann zudem der Schulstandort Gotenburger Straße (ehemalige Wilhelm-Busch-Schule) reaktiviert werden, die dann auch Schülern aus dem Parkviertel offen stehen soll.
– Wedding: Bis 2021 fehlen rund 500 Grundschulplätze, bis 2025 knapp 600. Mit einberechnet ist dabei bereits die Erweiterung der Brüder-Grimm- und der Wedding-Grundschule sowie eine Reaktivierung des Schulstandortes Tegeler Straße. Später soll auch eine Erweiterung der Leo-Lionni-Grundschule hinzukommen. Auch hier wird auf die ehemalige Wilhelm-Busch-Grundschule in der Region »Osloer Straße« verwiesen.
– Moabit Ost: Der Fehlbedarf bis 2021 wird auf gut 400 Grundschulplätze prognostiziert, bis 2025 auf rund 500. Bereits geplant ist die Erweiterung der Kurt-Tucholsky-Grundschule, freie Kapazitäten gibt es allerdings noch im benachbarten Moabit-West. Dort wird die Heinrich von Stefan-Gemeinschaftsschule einen Grundschulzweig aufbauen.
– Heine-Viertel: Hier hält sich der Fehlbedarf dank der geplanten Reaktivierung des Standortes Adalbertstraße in Grenzen. Eingeplant ist zudem schon die Erweiterung der City-Grundschule.
– Sehr drastisch entwickelt sich der Fehlbedarf in der Region »Brunnenstraße«. Trotz geplanter Erweiterungen zweier Grundschulen fehlen hier 2021 rund 700 und bis 2024 rund 850 Plätze. Auch im Gebiet Alexanderplatz wird es in fünf Jahren rund 350 Plätze zu wenig geben, ab 2025 rund 400, die Erweiterung der GutsMuths-Grundschule ist dabei schon einberechnet. *cs*

Endstation Rathaus?

Die Entwurfsplanung für die künftige Tram durch die Turmstraße gestaltet sich kompliziert

Dass die Straßenbahn künftig wieder durch Moabit fahren soll, steht inzwischen fest: Nachdem die Planung ca. 20 Jahre lang auf Eis lag, hat der Senat sie vor drei Jahren auf der Prioritätenliste wieder ganz nach oben gesetzt. Die neue Trasse, die bislang zum Hauptbahnhof führt, soll zunächst bis zum U-Bahnhof Turmstraße verlängert werden. Nach eingehender Prüfung entschied man sich für eine Streckenführung über die Rathenower und den Mittelstreifen der Turmstraße; die Alternative – über die Straße Alt-Moabit – wurde aus mehreren Gründen verworfen.

Doch vor dem notwendigen Planfeststellungsverfahren stehen noch diverse Vorarbeiten und Untersuchungen. Derzeit wird an der Entwurfsplanung gearbeitet, denn bei der Konkretisierung müssen die Verkehrsplaner viele technische Parameter berücksichtigen: u.a. Verkehrsflüsse und -führungen, Ampelschaltungen, Buslinien, Kreuzungsbereiche, Querungsmöglichkeiten, technische Vorschriften. An den Planungsrunden sind entsprechend viele Experten beteiligt.

Abstellgleis vor dem Rathaus?

Der aktuelle Planungsstand sieht auf der Turmstraße drei Haltestellen vor: eine vor dem Gericht, eine in Höhe der Lübecker Straße und die Endhaltestelle zwischen Wilhelmshavener und Bredowstraße. Direkt am U-Bahnhof Turmstraße ist die Einrichtung einer Endhaltestelle nicht möglich. Die Frage ist nun, wo die Abstellanlage installiert werden kann, an der die Züge enden und wieder losfahren. Da sich keine Wendeschleife einrichten lässt, werden auf der Strecke Zweirichtungs-Triebwagen eingesetzt, die über Fahrerkabinen in beide Richtungen sowie über Türen auf beiden Wagenseiten verfügen. Die Bahnen fahren dann in der Straßenmitte auf das Abstellgleis. Dort wechselt der Fahrer die Kabine, um die Strecke retour zu fahren.

Unter Einbeziehung sämtlicher Parameter sehen die Verkehrsplaner hierfür nur einen möglichen Ort: den Mittelstreifenabschnitt vor dem Rathaus Tiergarten. Ein Grund dafür ist, dass die Tram vor Ampelanlagen mindestens 15 Meter Anfahrtsraum braucht. Ein weiterer Grund ist der geplante Zeittakt von fünf Minuten. Auch die Zeit, die der Fahrer für den Kabinenwechsel braucht, muss berücksichtigt werden.
Diese Variante hat natürlich auch Konsequenzen für das Umfeld.
Für den Bereich am U-Bahnhof Turmstraße ändert sich dabei nichts: Die dortige Bushaltestelle bleibt und auch die Querung für Fußgänger in ihrer Breite. Ob der Gehweg vor dem ehemaligen Hertie-Gebäude verbreitert wird (wie es eigentlich im Verkehrskonzept Turmstraße mal vorgesehen war, um hier Passanten und wartenden Buspassagieren mehr Platz zu bieten), ist vorerst noch offen. Die Notwendigkeit einer Verbreiterung ist aber angesichts der bereits jetzt bestehenden Platzprobleme offensichtlich – erst recht, wenn nach der Eröffnung des benachbarten »Schultheiss Quartiers« zusätzliche Passantenströme vom U-Bahnhof und der Bushaltestelle aus aufgenommen werden müssen.

Probleme im Kreuzungsbereich Bremer Straße

Probleme ergeben sich jedoch im Kreuzungsbereich Turmstraße/Jonasstraße/Thusnelda-Allee, wo die Tram auf das Abstellgleis einfahren soll. In Richtung Turmstraße bzw. Jonasstraße kann die Thusnelda-Allee dann generell nicht mehr überfahren werden. Auch die Querungsmöglichkeiten für Fußgänger über die Turmstraße müssen geprüft werden, denn Überwege dürfen nicht über Weichen führen. Die Wendemöglichkeit für PKW über den Mittelstreifen (siehe Foto) entfiele.
Nachteilig wäre die Variante zudem für die Markthalle, die ohnehin schon durch das Rathaus von der Hauptgeschäftsstraße abgeschnitten ist und quasi im Hinterland liegt: Die Zufahrtsmöglichkeiten über die Jonasstraße Straße wären stark eingeschränkt. Alternativ könnte aber eine Zufahrt über die Bremer Straße eingerichtet werden. Immerhin, witzeln manche, wäre durch die Straßenbahn der Blick auf den ungeliebten Rathausbau wenigstens teilweise versperrt. Auch die Verkehrsexperten finden die Variante suboptimal. Doch eine wirkliche Lösung für das Problem werde es wohl erst geben, wenn – wie eigentlich vorgesehen – die Tram irgendwann in Richtung Beusselstraße weitergeführt wird.

Das Dilemma mit der Schultheiss-Tiefgarage

Doch ganz unabhängig von der Endhaltestelle bleibt ein großes Problem: Denn die HGHI, die derzeit das »Schultheiss Quartier« errichtet, will die dazugehörige Tiefgarage von der Turmstraße aus erschließen. Dagegen hatte die Senatsverwaltung seltsamerweise auch keine Einwände – obwohl sie gleichzeitig die Tram über die Turmstraße führen will. Damit wäre die Tiefgaragenzufahrt zwar für jene PKW, die aus östlicher Richtung über die Turmstraße kommen, problemlos erreichbar – aber nicht für jene, die von Westen bzw. über die Stromstraße kommen. Wie mit diesem Dilemma umgegangen werden soll, ist völlig offen. Sanierungsbeteiligte im Bezirk befürchten deshalb, dass – sollte keine vernünftige Lösung gefunden werden – sich die Lübecker von der Wohnstraße zum Schleichweg entwickeln könnte. *us*

Hier soll künftig die Straßenbahn enden.

Ch. Eckelt

Wohnen im künftigen »Schultheiss-Quartier«?

Die Bauarbeiten auf dem Schultheiss-Areal sind seit Mai 2015 im Gang, der Grundstein für die Neubebauung wurde im September dieses Jahres gelegt. Der Investor HGHI errichtet hier das »Schultheiss Quartier«. Dazu gehören eine Shopping-Mall von über 30.000 qm Verkaufsfläche (inklusive Nebenflächen) und 150 Shops mit Kaufland als Ankermieter, dem obligatorischen Mix aus Deichmann, dm, Mc Paper, Orsay, Douglas, Vodafone, Butter Lindner usw., sowie ein Hotel mit 250 Zimmern. Zudem entstehen 6000 qm Bürofläche, weitere Flächen für Handel, Dienstleistungen, Gastronomie und Kreativwirtschaft sowie eine Tiefgarage. Das denkmalgeschützte Maschinenhaus, das Sudhaus und die Remisen wurden bereits entkernt. Andere Gebäudeteile wurden abgerissen, auf dem Großteil der Flächen wird neugebaut. Den Wettbewerb zur Fassadengestaltung gewann der Architekt Max Dudler – auch architektonisch ist also nicht mit Innovationen zu rechnen.
Wegen der ursprünglich geplanten rein gewerblichen Nutzung gilt das Areal als Kerngebiet, in dem Wohnungen eigentlich nicht zulässig sind. Doch nun will die HGHI hier außerdem 130 Wohneinheiten errichten und hat einen entsprechenden Antrag beim Bezirk gestellt. Die Wohneinheiten sollen im nördlichen Abschnitt entstehen und auf die Gewerbeeinheiten aufgestockt werden.
Allerdings soll keine der »Wohneinheiten« größer als 30 qm werden. Es handelt sich offenbar um Mini-Apartments – vergleichbar mit Projekten, die derzeit in Berlin wie Pilze aus dem Boden schießen und mit ca. 20 qm großen Einheiten vor allem als »studentisches Wohnen« vermarktet werden.
Der Bezirk muss nun prüfen, ob diese hier eine Wohnnutzung genehmigungsfähig wäre. *us*

ArTminius21 in der Markthalle

Nach neun Monaten Pause findet man den Kreativmarkt ArTminius21 wieder an drei Samstagen im November und Dezember in der Arminiusmarkthalle: Am 5. November, 3. Dezember und 17. Dezember jeweils von 10 bis 17 Uhr bieten Designer, Künstler, Kunsthandwerker und Manufakturen ihre Waren im Mittelgang der Arminiusmarkthalle an. Gute Chancen also, hier noch das eine oder andere besondere Weihnachtsgeschenk zu finden.
Mehr unter www.artminius21.wordpress.com
Kontakt: Melanie Simmersbach, Inga Damberg, Telefon (0173) 569 76 90, Mail: ArTminius21@zunfthalle-berlin.de

Bauarbeiten auf dem Gehweg der Turmstraße

Der unvermittelte Baubeginn auf dem nördlichen Gehweg der Turmstraße zwischen Oldenburger und Emdener Straße (wir berichteten in der letzten Ausgabe) hat verständlicherweise für Unmut insbesondere bei den Gewerbetreibenden gesorgt. Denn nachdem die Verkehrslenkung Berlin (die obere Verkehrsbehörde des Senats) ein halbes Jahr die Baustellenanordnung verschleppt hatte, musste es im September plötzlich ganz schnell gehen: Selbst die Sanierungsbeteiligten und das Tiefbauamt im Bezirk erfuhren erst zwei Werktage vor dem Baubeginn davon und hatten damit keine Möglichkeit mehr, die Anrainer rechtzeitig vom Beginn der Arbeiten zu unterrichten, wie es eigentlich geplant war.
Das wurde nun nachgeholt. Das Geschäftsstraßenmanagement Turmstraße (»die raumplaner«) informiert mit Flyern, Aushängen und bei Gesprächen mit Gewerbetreibenden über die aktuelle Situation und die Bau- und Zeitplanung.
Da die Gehwege abschnittsweise komplett umgebaut werden, sind natürlich jene Geschäfte mit Warenauslagen im Außenbereich besonders betroffen. Das Geschäftsstraßenmanagement weist während der Bauarbeiten mit Bannern auf diese Läden hin, damit sich die Umsatzeinbußen in Grenzen halten. Es betreut die Gewerbetreibenden und vermittelt im Sinne möglichst geringer Einschränkungen des Geschäfts- und Baustellenbetriebs.
Mit dem Umbau wird auch der Oberstreifen der Gehwege (der Streifen entlang der Gebäudekante) deutlich markiert. Er wird künftig für die anliegenden Geschäfte besondere Bedeutung haben: Denn um der Menge der Passanten – auch jenen mit Rollstuhl oder Kinderwagen – den notwendigen Platz zu lassen, müssen sich Gewerbetreibende künftig mit ihren Auslagen, Außentischen oder Werbeaufstellern auf den markierten Gehweg-Oberstreifen beschränken. *us*

Informationen zu den Bauarbeiten geben das Geschäftsstraßenmanagement bzw. das KoSP (Kontakt siehe Rückseite). Ansprechpartner der bauausführenden Firma M. Hajek Straßen- und Tiefbau ist der Bauleiter Herr Jänke, Telefon (0173) 639 87 95.

Im Wedding gestrandet

Paul Bokowski ist Schriftsteller und tritt in einer Moabiter Lesebühne auf

Bis vor ein paar Jahren konnte man Exotenstatus erlangen, wenn man sich auf einer Party in Friedrichshain als Weddinger outete. Paul Bokowski wohnt lang genug im Wedding, um das noch erlebt zu haben. Und weil er Schriftsteller ist, hat er auch diese Momente in einer Geschichte festgehalten.
Da fragt ihn eine Anna-Lena: »Wie ich denn dazu komme, im Wedding zu wohnen, will sie wissen, und ob das nicht fürchterlich gräulich sei, ›also gräulich wie die Farbe.‹ – ›Ach, eigentlich gefällt's mir da ganz gut‹, sage ich. ›Ich bin da irgendwie gestrandet.‹ An ›irgendwie‹ glaubt Anna-Lena aber nicht, sagt sie. Das hätte sie nie getan. ›Inwieweit, denkst du denn, bist du der Wedding?‹ Anna-Lena war früher auf einer Waldorfschule. Die möchten immer wissen, inwieweit man ein Stadtteil ist oder eine Farbe. Aber was erwartet man auch von Menschen, die ihren Namen tanzen können?«
Der drohende Satz eines anderen Partygastes (»Vielleicht werdet ihr ja der neue Friedrichshain«) treibt Paul jedenfalls den blanken Gentrifizierungsangstschweiß auf die Stirn. Und so ganz unberechtigt war das ja nicht. Jedenfalls sind in den letzten Jahren Wohnungen im Wedding immer begehrter geworden, vor allem bei jungen Leuten.
Paul Bokowskis Geschichten, die er in Büchern veröffentlicht, zehn Jahre lang bei den »Weddinger Brauseboys« vorgelesen hat und mittlerweile bei der Lesebühne »Fuchs & Söhne« in Moabit vorträgt, sind eben nicht nur sehr komisch, sondern auch sehr realitätsnah. Er sagt, er erlebe so viel Bemerkenswertes im Alltag, dass er es nicht besser erfinden könnte. Die Phantasie ist dann nur noch das Feinschliff-Instrument.
Seit fast 15 Jahren lebt er im Wedding, in dieser Zeit ist er dort viermal umgezogen, immer so ums Eck. Paul Bokowski – etwas ernst, ziemlich schmal, immer mit Schiebermütze und Hornbrille, er wäre auch in den 1920er Jahren nicht aufgefallen – ist gebürtiger Mainzer. Nach dem Abitur und Zivildienst kam er mit 20 Jahren nach Berlin, um Medizin zu studieren. Irgendwann entschied er sich dann aber doch, Schriftsteller zu werden. Seine Eltern, beide polnischer Herkunft, waren nicht begeistert. Ein Arzt in der Familie wäre so eine Art moderner Adelstitel gewesen. »Sie haben sich aber tapfer damit abgefunden.« Dafür werden sie vom Sohn mit herzlichen Buchbeiträgen bedacht: »Donnerstag: Seit drei Tagen lebe ich in der panischen Angst, dass meine Mutter Facebook für sich entdeckt. Kann ich es mit meinem Gewissen vereinbaren, eine Freundschaftsanfrage meiner eigenen Mutter abzulehnen? – Freitag: Ja, ich kann.«
Immerhin kann der Sohn etliche Veröffentlichungen und zwei Bücher vorweisen (die leicht neurotische Titel tragen wie »Hauptsache nichts mit Menschen« oder »Alleine ist man weniger zusammen«) und sogar vom Schriftstellern leben.
Für das Treffen hat er das schlicht-rustikale Café Arema am U-Bahnhof Birkenstraße vorgeschlagen – dort ist er öfter, weil sich gleich um die Ecke der Auftrittsort von »Fuchs & Söhne« befindet: Allerdings, und das bereitet ihm gerade Sorgen, macht der prächtige ehemalige Heilands-Gemeindesaal in der Putlitzstraße 13, Baujahr 1904, als Veranstaltungsstätte zum Jahresende dicht. Moabit geht damit ein weiterer Kulturort verloren, die ohnehin rar gesät sind.
Seit drei Jahren findet die Lesebühne »Fuchs & Söhne« hier statt, neben Bokowski gehören Kirsten Fuchs, Sebastian Lehmann und der Leipziger André Herrmann dazu. Damit gehören sie zur jüngeren Generation der Lesebühnen, die es seit mehr als 25 Jahren in Berlin gibt und deren anhaltender Erfolg ungebrochen ist – inzwischen haben sie sich von Berlin aus bundesweit ausgebreitet. Sogar in Österreich und der Schweiz gibt es welche. Paul Bokowski schüttelt verwundert den Kopf: in der Schweiz!
»Fuchs & Söhne« jedenfalls wollen weiter in Moabit auftreten, dafür suchen sie nun hier einen neuen Spielort, was leider nicht so einfach ist. Er sollte 130 bis 150 Menschen fassen können, denn so viele wollen tatsächlich jeden Monat zuhören, manchmal sogar mehr. Und wenn »Fuchs & Söhne« am 14. und 15. Dezember, anlässlich ihres dreijährigen Bestehens mit einem Doppel-Best-Of zum letzten Mal im Gemeindesaal auftreten, könnten es noch mehr werden.
Moabit und Wedding sind sich in manchem ziemlich ähnlich. In beiden Gebieten ist die Bevölkerung ziemlich bunt und eher nicht wohlhabend, beide gehörten vor nicht allzu langer Zeit noch zu den Kiezen mit Schmuddelkind-Image und werden jetzt immer beliebter – was sich leider auch in den Mieten niederschlägt.
Auch Paul Bokowski nimmt die Veränderungen wohl wahr, und als kluger Mensch ist ihm sehr bewusst, dass natürlich auch er als Kulturschaffender Teil des Wandels ist. Die Veränderungen, die er in den fast 15 Jahren im Wedding wahrnimmt, beschreibt er präzise, differenziert und mit einem Anflug von Wehmut: »Auch wenn der Wedding gerade im Vergleich zu anderen Stadtteilen langsam aufholt und immer hipper, vielschichtiger und facettenreicher wird, scheint seine spröde und einzigartige Identität leider unaufhaltsam zu verschwinden. Man hört zwar immer öfter Englisch, Spanisch oder Dänisch auf der Müllerstraße, aber leider auch immer seltener das gute, alte und so liebevoll prollige Westberlin.«
In Bokowski jedenfalls hat der alte und auch der sich verändernde Wedding einen sehr liebevollen Chronisten gefunden, der seine Erlebnisse in umwerfend komische Geschichten zu verwandeln weiß. *us*

Der Autor liest am Mittwoch, dem 23. November, um 18 Uhr in der neuen Schiller-Bibliothek im Wedding, Müllerstraße 149. Eintritt frei. Am 14. und 15.12. ist die Lesebühne »Fuchs & Söhne« mit einem Doppel-Best-Of im Historischen Gemeindesaal, Putlitzstraße 13 (Moabit) zu erleben. Einlass: 19.30 Uhr, Abendkasse: 7 Euro.

Ch. Eckelt

Adressen

Aktuelle Informationen zum Gebiet finden Sie auch auf www.turmstrasse.de und zur Entwicklung von Moabit auf www.moabitonline.de

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit: Ephraim Gothe
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 9018-446 00
baustadtrat@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleiterin: Frau Laduch,
Zimmer 106, (030) 9018-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Vorbereitende Bauleitplanung, Städtebauförderung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: dienstags, 9 –12 Uhr,
donnerstags, 15 –18 Uhr
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiter: Stephan Lange
(030) 9018-436 32
Aktives Zentrum und Sanierungsgebiet Turmstraße
Zimmer 180/181
Annett Kufeld (030) 9018-454 36
annett.kufeld@ba-mitte.berlin.de
Evelyn Möbus (030) 9018-458 59
evelyn.moebus@ba-mitte.berlin.de
Dirk Kaden (030) 9018-458 22
dirk.kaden@ba-mitte.berlin.de

Prozesssteuerung
Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH
Gisbert Preuß (030) 33 00 28 32
preuss@kosp-berlin.de
Andreas Wilke (030) 33 00 28 36
wilke@kosp-berlin.de
Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a,
10555 Berlin, (030) 23 94 53 39
Sprechstunden: Di 9.30–12 Uhr,
Do 15.30–18 Uhr
www.kosp-berlin.de
www.turmstrasse.de

Geschäftsstraßenmanagement Turmstraße
die raumplaner
Georg Thieme, Johanna Oestereich,
Sabine Slapa
Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a,
10555 Berlin, (030) 23 93 85 08
Di 16–19 Uhr, Fr 8–10 Uhr
gsm@turmstrasse.de
www.turmstrasse.de

Mieterberatung
für Mieter in den Milieuschutzgebieten Waldstraße und Birkenstraße
Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a,
10555 Berlin, (030) 44 33 81 29
Sprechzeiten: Mo 16–18, Do 10–12 Uhr

Stadtteilvertretung
Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a,
10555 Berlin, (030) 23938828
Sprechstunde: Mo 17–18 Uhr
Öffentliches Plenum an jedem
4. Montag im Monat
stv@stv-turmstrasse.de
www.stv-turmstrasse.de

Quartiersmanagement Moabit-West
Rostocker Straße 3, 10553 Berlin
(030) 39 90 71 95
qm-moabit@stern-berlin.de
www.moabit-west.de

Quartiersmanagement Moabit-Ost
Wilsnacker Straße 34, 10559 Berlin
(030) 93 49 22 25
team@moabit-ost.de
www.moabit-ost.de

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
aktive zentren Berlin
BEZIRKSAMT MITTE VON BERLIN
berlinbaut lebendige Quartiere
be Berlin